

Sperrfrist: 25. Januar – 19.00 Uhr. Es gilt das gesprochene Wort!

Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm

## **Braucht die Zivilgesellschaft die Kirche?**

*Referat beim Jahresempfang der Evangelischen Akademie Tutzing am 25.1.2012*

Meine Damen und Herren,

„Braucht die Zivilgesellschaft die Kirche?“ – so lautet die Frage, die mir heute Abend gestellt ist. Und es wird Sie wenig überraschen, wenn ich diese Frage mit einem klaren Ja beantworte.

Auch wenn ich diese Frage, ohne dass das irgendjemanden überrascht, mit Ja beantworte, so ist diese Antwort doch keineswegs selbstverständlich. Denn der Begriff „Zivilgesellschaft“ hat sich als Programmbegriff für ein demokratisches Gemeinwesen entwickelt, in dem religiöse Einflüsse und insbesondere die althergebrachte Vormachtstellung der Kirche gerade keine handlungsleitende Bedeutung mehr haben sollten. Er steht für die Überwindung eines Bündnisses zwischen Thron und Altar, das die Demokratie nicht ermutigte, sondern lange Zeit bekämpfte. Die Zivilgesellschaft, oder wie sie zuweilen auch genannt wird, die „Bürgergesellschaft“ wurde als Ort verstanden, an dem aufgeklärte Bürger durch den Austausch guter Argumente nach den besten Lösungen suchen und manchmal eben auch um sie streiten. Auf höhere Einsichten, die nicht mit guten Argumenten zu erläutern sind, sondern an die man eben glauben muss, kann man sich dabei dann nicht berufen, jedenfalls dann nicht, wenn man ernst nimmt, dass wir heute in einer pluralistischen Gesellschaft leben, in der nicht mehr bestimmte religiöse Glaubensinhalte für alle verbindlich gemacht werden können.

Man kann auf dieser Basis durchaus zu dem Schluss kommen, dass Religion und Kirche zwar ihren guten Sinn für die haben mögen, die daraus persönliche Kraft schöpfen, dass sie aber strikt als Privatsache zu behandeln seien. Die Zivilgesellschaft braucht dann gerade keine Religion. Im Gegenteil: Religion steht der Zivilgesellschaft in dieser Perspektive sogar eher im Wege, weil sie den argumentativen Wettstreit aufgeklärter Bürger in einer Demokratie eher behindert als befördert.

Dieser Gedanke hat lange Zeit die Gesellschaftsdiagnosen der Soziologie und Philosophen geprägt. Im Hintergrund standen die soziologischen Klassiker wie etwa Max Weber, deren Theorien ein Bild von Kirche zugrunde lag, das tatsächlich wenig Potential für einen konstruktiven Beitrag zu den Debatten der Zivilgesellschaft versprach. Wie sehr sich das in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geändert hat, ist erst spät ins Bewusstsein dieser Gesellschaftsdiagnostiker getreten. Inzwischen ist aber klar: Die Kirchen haben nicht nur längst ihre skeptische Haltung gegenüber der Demokratie überwunden, sie sind zu treibenden Kräften einer beständigen Fortentwicklung von Demokratie und Zivilgesellschaft geworden. Sie

mischen sich in die öffentlichen Debatten ein und melden sich in den öffentlich diskutierten Themen zu Wort, hinter denen in ihren Tiefendimensionen Fragen ethischer Grundorientierung stehen.

Und Nachfrage nach ethischer Grundorientierung gibt es gegenwärtig zur Genüge. Wie kann es sein, so fragen nicht nur altgediente Kapitalismuskritiker, sondern ebenso Unternehmer und Politiker, wie kann es sein, dass wir lange Zeit ein System bei den Finanzmärkten hingenommen haben, das nicht auf der Schaffung von Werten beruht, sondern auf blanker Spekulation, und dessen Motivation nicht aus guten Ideen und der Kompetenz, daraus ein gutes Produkt zu machen, bestand, sondern aus der Gier nach immer mehr Geld und der Bereitschaft, dafür Risiken einzugehen, die sonst nur im Spielcasino üblich sind.

Weil sich solche Fragen gerade jetzt mit großem Nachdruck stellen, ist die Frage, wo eigentlich die damit verbundenen Grundorientierungen reflektiert und vermittelt werden, von ganz neuer Bedeutung. Von den Kirchen als Institutionen, die gerade die ethische Verantwortung der Wirtschaft seit langer Zeit immer wieder öffentlich zum Thema gemacht haben, wird daher gerade jetzt ein besonderer Beitrag erwartet.

In einem gerade in seinem selbstkritischen Tenor ausgesprochen bemerkenswerten Artikel in der Süddeutschen Zeitung im Juli 2009 würdigte der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück das zu diesem Zeitpunkt gerade erschienene Wort des Rats der EKD zur Wirtschafts- und Finanzmarktkrise und die kurz danach erschienene Sozialzyklika des Papstes: „Für mich“ – so Steinbrück - „ist es gerade in diesen Zeiten sehr ermutigend, dass sich die großen christlichen Kirchen vergangene Woche beinahe zeitgleich sehr eindeutig positioniert haben... Ich hoffe, dass mit den klaren Einlassungen der Kirchen in unserer Gesellschaft der Konsens darüber wächst, dass dieselbe Ideologie, die uns in die Krise geführt hat, uns nicht wieder aus der Krise herausführen kann... Wir brauchen deshalb eine Wertgemeinschaft in unserem Land, die den Menschen und das Gemeinwohl ins Zentrum ihres Denkens und Handelns stellt...“<sup>1</sup> Steinbrücks Worte stehen für viele, die gerade in den Kirchen einen Ort gesehen haben, von dem her die Zivilgesellschaft Neuorientierung erwarten darf.

Seit etwa 50 Jahren meldet sich die evangelische Kirche mit Denkschriften öffentlich zu Wort. Seit der ersten Denkschrift „Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung“ (1962) hat sie sich immer wieder in zivilgesellschaftliche Debatten eingemischt mit Themen, die von der Bedeutung der betrieblichen Mitbestimmung über die Versöhnung mit den östlichen Nachbarländern, die soziale Sicherung, die neuen Kommunikationsmedien, die Landwirtschaft und die inhaltliche Weiterentwicklung der Demokratie bis hin zur Überwindung der Armut, den Wegen zu einem gerechten Frieden, der Herausforderung der Klimakatastrophe, der ethischen Verantwortung unternehmerischen Handelns und jetzt ganz neu der ethischen Reflexion unseres Gesundheitssystems reichten.

In all diesen Stellungnahmen wird der Versuch gemacht, biblisch gegründete Grundorientierungen so mit möglichst umfassender Sachkompetenz zu verbinden, dass eine Form von Orientierung gegeben wird, die nicht über die Niederungen

praktischer Politik hinweg geht, sondern auch für die, die tatsächlich politische Verantwortung tragen, hilfreich zu sein vermag. Biblische Orientierungen werden so eingebracht, dass sie für alle Menschen jenseits religiöser oder weltanschaulicher Überzeugungen nachvollziehbar sind.

Ein Zitat aus dem Gemeinsamen Wort der beiden großen Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland von 1997 mag das illustrieren:

„Die im vorausgegangenen Abschnitt aus biblischer Botschaft und christlichem Glauben entwickelten ethischen Perspektiven sind die Grundlage für den Beitrag der Kirchen zur Fortentwicklung einer menschenwürdigen, freien, gerechten und solidarischen Ordnung von Gesellschaft und Staat. Diese Perspektiven und Maßstäbe sind nicht wirklichkeitsferne Postulate, sondern Ausdruck einer langfristigen Vernunft, die sich nicht durch vermeintliche Sachzwänge oder durch kurzfristige Interessen irre machen lässt. Sie können in der christlich geprägten europäischen Kultur auch von Nichtchristen akzeptiert werden und tragen damit zur Wiedergewinnung des ethischen Grundkonsenses bei, auf den Politik, Wirtschaft und Gesellschaft angewiesen sind.“<sup>2</sup>

Das Stichwort vom ethischen Grundkonsens, auf den Politik, Wirtschaft und Gesellschaft angewiesen sind, markiert einen wichtigen Grund dafür, dass die Frage, ob die Zivilgesellschaft die Kirche braucht, mit einem klaren Ja zu beantworten ist. In einer Gesellschaft jedenfalls, in der nach wie vor zwei Drittel der Menschen Mitglieder der Kirchen sind, kann sich ein solcher Grundkonsens nicht bilden, ohne dass die sozialetischen Orientierungen der christlichen Überlieferung mit einbezogen werden. Und das ist nicht nur eine quantitative Frage. Es ist auch eine Frage nach der Nachhaltigkeit der Einwanderung der ethischen Grundorientierungen in die Herzen der Menschen. Ethische Orientierung ist nicht allein, vielleicht noch nicht einmal vorrangig eine Frage des Wissens. Sie ist eine Frage der existentiellen Aneignung. Und dabei entwickelt Religion nach wie vor eine besondere Kraft.

Ich behaupte, dass es keinen kraftvolleren Weg zur Vermittlung eines ethischen Grundkonsenses in der Gesellschaft gibt als das für die christliche Tradition so zentrale Doppelgebot der Liebe. „Du sollst den Herrn deinen Gott lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und mit aller deiner Kraft und deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ Und zur Bekräftigung der zentralen Bedeutung dieses Gebots fügt der Evangelist Matthäus hinzu: „Das ist das Gesetz und die Propheten (Mt 22,37-40). Hier wird nicht einfach ermahnt. Hier wird nicht ein festzuhaltender Wertekonsens beschworen. Hier wird nicht ein Gebot von außen aufgedrückt. Sondern was hier auf den Punkt gebracht wird, ist eine Ethik der Freiheit. Weil wir selbst so viel Liebe erfahren und uns dessen bewusst sind, deswegen handeln wir am anderen genauso. „Sieh, so fließt aus dem Glauben die Liebe und die Lust zu Gott“ – sagt Martin Luther in seiner Freiheitsschrift - „und aus der Liebe ein freies, williges, fröhliches Leben, dem Nächsten umsonst zu dienen. Denn so wie unser Nächster Not leidet und unseres Überflusses bedarf, so haben ja auch wir Not gelitten und seiner Gnade

bedurft. Darum sollen wir so, wie uns Gott durch Christus umsonst geholfen hat, durch den Leib und seine Werke nichts anderes tun als dem Nächsten helfen.“

Luther spricht hier ein Element christlicher Ethik an, das für die Gesellschaft insgesamt und ihre politische Kultur von zentraler Bedeutung ist. Die Soziologen nennen es „Reziprozität“ – und man kann es vielleicht mit „Gegenseitigkeit“ übersetzen. „Denn so wie unser Nächster Not leidet und unseres Überflusses bedarf, so haben ja auch wir Not gelitten und seiner Gnade bedurft.“ Das ist ein bemerkenswerter Satz. Denn er appelliert an die Einsicht der Menschen: Du kennst doch selbst diese Not. Du weißt doch, wie sehr du dir selbst wünschst, dass die anderen dir beistehen. Also öffne die Herz genauso für die anderen, wie du selbst das in der gleichen Situation erhoffst. Das ist kein Appell an Aufopferung oder Selbstverleugnung. Das ist ein Appell an die Einsicht aller Menschen guten Willens.

Wie genau Luther damit den Kern der christlichen Ethik trifft, zeigt eine kleine, aber sehr wichtige Beobachtung im Neuen Testament. Ich habe darauf hingewiesen, dass Matthäus den besonderen Stellenwert des Doppelgebots der Liebe dadurch unterstreicht, dass er es als „das Gesetz und die Propheten“ bezeichnet (Mt 22,40), eine Formel, die den grundlegenden Charakter dieses Gebots unterstreicht. Nur einer anderen neutestamentlichen Tradition wird die Ehre zuteil, als „das Gesetz und die Propheten“ bezeichnet und damit als inhaltliche Summe der Ethik Jesu besonders herausgehoben zu werden: der Goldenen Regel: „Alles, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch. Das ist das Gesetz und die Propheten“ (Mt 7,12). Man hat die Goldene Regel eine „Gegenseitigkeitsregel“ genannt, weil ihr Kern die wechselseitige Anerkennung ist.

Die Goldene Regel kann geradezu als eine Programmformel für die Einsehbarkeit ethischer Orientierungen und die Möglichkeit und Notwendigkeit, sich in den anderen einzufühlen, gesehen werden. In wechselseitiger Verbindung mit dem Liebesgebot ist sie eine ethische Grundorientierung, die für die Gesellschaft insgesamt von zentraler Bedeutung ist. Im übrigen steht die damit verbundene Ethik der Einfühlung schon an der Wiege der jüdisch-christlichen Tradition.

Das Gebot des Schutzes der Schwachen – wir nennen es heute häufig die „biblische Option für die Armen“ - wird genau entlang dieser Grundlinie begründet. Es mahnt zur Einfühlung in den Anderen mit dem Hinweis auf die historische Erfahrung des Volkes Israel als Traditionsgemeinschaft, die ihrer eigenen Unterdrückung gedenkt.

„Die Fremdlinge sollt ihr nicht unterdrücken; denn ihr wisset um der Fremdlinge Herz, weil ihr auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen seid“ (Ex 23,9).

Dass Fremde mit Achtung und Respekt behandelt werden sollen, gewinnt seine Plausibilität durch die Einsehbarkeit und die Einfühlbarkeit ihrer besonderen Situation der Verletzlichkeit. Genau wie bei Goldener Regel und Liebesgebot wird hier nicht irgendein Gebot moralistisch beschworen, sondern es wird werbend einsichtig gemacht, so dass die Angesprochenen den Inhalt tatsächlich einsehen und aus ihrem Inneren heraus wollen können.

Für diese innere Aneignung sind religiöse Traditionen nach wie vor von zentraler Bedeutung. Deswegen behaupte ich: Weil der Zusammenhang zwischen äußeren Werten oder Geboten und innerer Aneignung so entscheidend für eine Gesellschaft ist, deswegen braucht die Zivilgesellschaft die Kirche. Und wo andere Religionsgemeinschaften von ihren Quellen her einen ähnlichen Zusammenhang aufweisen, gilt das auch für sie.

Deswegen würde sich die Zivilgesellschaft einer ihrer wichtigsten Regenerationsquellen berauben, würde sie Religion ins Privatleben verbannen wollen. Und auch aus dem Selbstverständnis des Glaubens selbst heraus, kann das in keinem Falle eine Option sein. Frömmigkeit und gesellschaftliches und politisches Engagement bedingen gehören zusammen. Wo uns die Not anderer Menschen in Innersten berührt, da können wir gar nicht anders als auf allen Ebenen – einschließlich der politischen – mitzuhelfen, diese Not zu überwinden.

Martin Luther hat sich genau aus diesem Grunde immer wieder mit Leidenschaft zu politischen und wirtschaftsethischen Themen geäußert. In der Schrift „Ob Kriegsleute seligen Standes sein können“ (1526) äußert er sich ausführlich zur Frage nach der ethischen Legitimität militärischer Gewaltanwendung. In der Schrift „Von Kaufshandlung und Wucher“ (1524) setzt er sich mit zuweilen beißender Kritik mit den Erscheinungsformen des aufkommenden Kapitalismus auseinander. Und deswegen können sich jedenfalls diejenigen nicht auf Martin Luther selbst berufen, die im Namen einer missverstandenen Zweireichelehre den Kirchen das Recht absprechen wollen, sich öffentlich zu gesellschaftlichen und politischen Themen zu äußern. Luther selbst war einer der leidenschaftlichsten öffentlichen Theologen der Kirchengeschichte.

Es ist nun hoffentlich klar, dass und warum die Zivilgesellschaft die Kirche braucht. Welche Orientierung politische Kultur kann die christliche Tradition nun aber geben?

1. Wo eine Gesellschaftsordnung auf wechselseitiger Anerkennung gründet, da muss das auch Ausdruck in der politischen Kultur finden. Die persönliche Herabwürdigung des politischen Gegners steht im klaren Gegensatz zur Goldenen Regel. Es wäre eine Revolution für die politische Kultur in Deutschland, wenn in der Politik die jeweiligen Kontrahenten sich so anderen gegenüber verhielten, wie sie selbst auch behandelt werden wollten. Fairness bewährt sich dann in besonderer Weise, wenn der andere in besonderer Bedrängnis ist. So sehr die kritische Rückfrage in den gegenwärtigen Diskussionen um den Bundespräsidenten berechtigt, ja so notwendig ist, so sehr erfordert sie einen respektvollen Umgang mit dem Anderen. Mein Amtsbruder, der Hannoversche Landesbischof Ralf Meister hat von einer neuen „Gnadenlosigkeit der politische Kultur“ gesprochen. Sie hat insbesondere in den einschlägigen Foren im Internet zu einer Hetze geführt, die sich gegen beide Seiten richtete. Der Bundespräsident wurde lächerlich gemacht. Aber auch die Journalistin Bettina Schausten, die sich in dem großen Fernsehinterview dazu verstiegen hatte, eine 150€-Kompensation für

Freundesübernachtungen zu fordern, wurde in den Tagen danach in einer Weise mit Hämte übergossen, die nichts mehr zu tun hatte mit einer politischen Diskussion, die sich an der Menschenwürde orientiert. Hier ist das Maß verloren gegangen.

2. Politische Kultur ist untrennbar verbunden mit der Orientierung an der Wahrheit. Deswegen muss alles auf den Tisch, was für die zur Debatte stehenden politischen Fragen von Bedeutung ist. Dazu gehören nicht Details aus dem Privatleben der Politiker soweit sie tatsächlich nur private Belange berühren. Dazu gehören aber sehr wohl diejenigen Umstände, die für die Unabhängigkeit politischer Entscheidung Relevanz haben. Wenn private Unternehmungen von Politikern durch Firmen finanziert werden, die damit möglicherweise ökonomische Interessen verfolgen und damit politische Entscheidungen beeinflussen, dann ist die Grenze des Legitimen überschritten. Deswegen steckt in der systematischen Begünstigung von Politikern durch Lobbyisten eine viel größere Gefahr für unabhängige politische Willensbildungsprozesse als etwa in der privaten Nutzung von Bonusmeilen.
3. Politische Kultur muss sich an dem Gebot der Nachhaltigkeit orientieren. Dass für politische Strategien der Wunsch, wiedergewählt zu werden, eine Rolle spielt, ist nachvollziehbar. Und hinter diesem Wunsch müssen nicht nur Machterhaltungsinteressen stehen. Wer fest davon überzeugt ist, dass bestimmte politische Weichenstellungen – auch aus ethischen Gründen – notwendig sind, muss und darf auch die Frage stellen, wie langfristig Mehrheiten dafür zu gewinnen sind. Die Grenze solcher Überlegungen liegt in einem kurzfristigen wahltaktischen Handeln, das die unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit notwendigen politischen Entscheidungen unterlässt. Die Verteuerung von Energie etwa ist nicht unbedingt ein Stimmenfänger. Wenn sie aber zugunsten einer zukunftsverträglichen Veränderung der Wirtschaftsstrukturen notwendig ist, dann muss sie in der Politik erklärt und sozial abgefedert werden. Wer mit politischen Forderungen Wahlkampf macht, die kurzfristig Gefallen finden, sich aber langfristig destruktiv auswirken, handelt verantwortungslos.
4. Politische Kultur impliziert immer eine besondere Verantwortung für die Schwachen. Wer die Goldene Regel wirklich ernst nimmt, muss sein politisches Handeln kontinuierlich auf die Frage hin prüfen, wie es sich auf die verletzlichsten Glieder der Gesellschaft auswirkt. Insbesondere die von ihrer Herkunft, von ihren natürlichen Gaben und von ihren materiellen Möglichkeiten her privilegierten Bürgerinnen und Bürger einer Gesellschaft haben allen Grund, aus der Dankbarkeit zu leben. Auch da, wo viel persönliche Leistung hinter dem Erreichten steht, ist die Rede vom „self made man“ eine Missachtung des Schöpferglaubens. Wir sind alle miteinander „God made men and women“. Niemand hat sich selbst geschaffen. Wir sind von Gott geschaffen, von unserer Mutter geboren und haben unzählige Begleiterinnen und Begleiter am Wegrand unseres Lebens gehabt, die uns geholfen haben zu werden, wer wir sind. Wer sich dessen bewusst ist, wer aus der

Dankbarkeit leben lernt, ist nicht nur ein glücklicher Mensch, er wird auch aus Freiheit alles tun, was die Situation der schwächsten Gliedern einer Gesellschaft zu verbessern vermag. Solange sie nicht teilhaben an den wirtschaftlichen und sozialen Prozessen einer Gesellschaft, verdienen sie vorrangige Aufmerksamkeit.

5. Politische Kultur muss fehlerfreundlich werden. Irrtümer einzugestehen, darf kein Makel sein, sondern es muss zur Tugend werden. Wenn Politiker oder Parteien ihre Positionen an bestimmten Punkten in die richtige Richtung ändern, dann zeigt sich darin die Fähigkeit, dazuzulernen, eine Fähigkeit, die für die Weiterentwicklung eines Gemeinwesens von zentraler Bedeutung ist. Wir brauchen mehr Bereitschaft zur Selbstkritik in der Politik. Und sie muss Parteigrenzen überschreiten. Was für richtig erkannt wird, muss auch dann zum Ausdruck gebracht werden, wenn es der eigenen Parteilinie widerspricht. Querdenker sind ein Aktivposten für die politische Kultur. Und die Bereitschaft, falsche Wege zu verlassen, ist Ausdruck von Klugheit und Verantwortung. Eine politische Kultur, die das berücksichtigt und es auch ausstrahlt, ist das beste Mittel gegen Politikverdrossenheit und birgt die Chance in sich, auch die Jugend wieder für die Politik zu gewinnen.

Ich komme zum Schluss: ich habe versucht zu zeigen, warum die Zivilgesellschaft die Kirche braucht und ich habe anhand von einigen Überlegungen zur politischen Kultur angedeutet, welche Orientierung daraus erwächst. Ich will darüber hinaus aber auch sagen: Die Zivilgesellschaft braucht die Religionen. Die Zivilgesellschaft braucht Juden, Christen und Muslime, die die Schätze ihrer Religion in den demokratischen Diskurs einbringen und dabei zur Kraft des Friedens werden. Da, wo religiöse Orientierungen gleich welcher Herkunft Gewalt gebieten und damit die Menschenwürde missachten, pervertieren sie die Rede von Gott. Denn Gott ist der Schöpfer der Welt und er will das Leben, nicht den Tod.

Ich freue mich darüber, dass in Bayern ein Miteinander der Religionen entstanden ist, das solche Pervertierungen von Religion gemeinsam bekämpft. Das beste Mittel dagegen ist der wechselseitige Austausch, die menschliche Nähe und die wechselseitige Begegnung. Gemeinsam wollen wir zur Triebkraft einer Gesellschaft werden, in deren Mittelpunkt die Humanität steht und die menschliches Leben und die außermenschliche Natur schützt.

Dass der Glaube an Gott und der Einsatz für eine bessere Welt zusammengehören, hat Dietrich Bonhoeffer einmal mit einem Satz zum Ausdruck gebracht, mit dem ich schließen möchte: „Wenn morgen der jüngste Tag anbricht, dann wollen wir gerne die Arbeit für eine bessere Zukunft aus der Hand legen. Vorher aber nicht.“

---

<sup>1</sup> Süddeutsche Zeitung 18.7.2009.

<sup>2</sup> Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.), Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Hannover 1997, Ziffer 126.